

Causa: Novellierung des Gentechnikgesetzes (GenTG)

Antrag

Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, sich anlässlich der geplanten Novellierung des Gentechnikgesetzes (GenTG) für die dauerhafte Sicherung der gentechnikfreien Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion einzusetzen und die in ihrer Stellungnahme zur Novellierung des GenTG vom Januar 2007 dargelegten Positionen im weiteren Gesetzgebungsverfahren offensiv zu vertreten.

Darüber hinaus sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

Verbot nicht koexistenzfähiger gentechnisch veränderter Organismen (GVO), keine Einführung vereinfachter Verfahren für Freisetzungen von GVO, Erhalt der beiden Ausschüsse der Zentralen Kommission für die Biologische Sicherheit (ZKBS), Verbot von GVO-Freisetzungen auf dem Gelände der Genbank in Gatersleben.

Begründung

Der Einsatz gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in der Landwirtschaft findet im Freiland und damit im offenen System statt. Aufgrund der mit der „Grünen Gentechnik“ verknüpften Risiken für Mensch, Natur und bäuerliche Landwirtschaft lehnen VerbraucherInnen gentechnisch erzeugte Lebensmittel seit Jahren mit überwältigender Mehrheit ab. Dennoch soll das unter der rot-grünen Regierung beschlossene GenTG novelliert werden, um Freisetzung und Anbau von GVO zu erleichtern.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in ihrer Stellungnahme vom 29. Januar 2007 wichtige Punkte dargestellt, die zur Sicherung der gentechnikfreien Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion unerlässlich sind, zum Beispiel:

- Keine Aufweichung der Haftungsregelung, Kosten (f. Analyse etc.) trägt Verursacher
- Haftung auch für GVO-Anteile unterhalb der 0,9 % Schwelle, keine staatlichen Mittel
- Beibehaltung des Standortregisters in der bisherigen Form
- Berücksichtigung nachgelagerter Bereiche
- Mindestabstände für GVO-Anbau (Mais >300 m), keine privaten Absprachen
- Datenbank mit spezifischen Erkennungsmarkern für GVO

Die SPD-Bundestagsfraktion ist aufgefordert, diese und andere der Sicherung der gentechnikfreien Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion dienenden Punkte im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu verteidigen, die zusätzlich genannten Aspekte zu berücksichtigen und Einschränkungen der Haftung zu Lasten der gentechnikfreien Wirtschaft nicht zuzustimmen.

München, 18. 04. 2007

Vorsitzende Verena Dietl

Antragstellerin Dr. Martha Mertens